

## Generalversammlung 2020 Jahresbericht der Präsidentin

Liebe Vereinsmitglieder

Seit dem Valentinstag 2007 ist unser Bürgerforum aktiv und nimmt den wohlklingenden behördlichen Werbetext für Neuzuzüger «*Freienbach – lebenswert, lebendig*» zugunsten unserer Bevölkerung beim Wort: Es geht um gute Lebensqualität für all jene, die hier SIND.

Ich lasse den Blick schweifen. Vom Hochtzel auf unsere Dörfer am See. Ich sehe im Zeitraffer, wie das Bauvolumen immer massiger und grobschlächtiger wurde und höre das stetig anschwellende Grundrauschen der Strassen. Das Lebewesen, das sich hier ausbreitet – unsere Gemeinde – erscheint mir wie ein Pubertierender, der mit sich selber kaum ins Reine kommt. Mit immer mehr Pickeln im Gesicht (Stichwort Senevita, Gemeindehaus-Anbau, Verkehrsplanung in der Endlosschleife, etc.) plagt er sich damit ab, gar nicht zu wissen, wohin er sein Leben eigentlich steuern will. Die pubertierende Gemeinde-Elite hat den Bodenkontakt zunehmend verloren.

Unser dreizehntes Vereinsjahr zeigte deutlich, dass die Gemeinde Freienbach an der Schwelle zum Erwachsenwerden herumlümmelt und es extrem schmerzhaft wäre, den Entwicklungsschritt zur Vernunft noch weiter hinauszuzögern. Doch die Geschehnisse 2019 stimmen mich optimistisch. Im Rückblick werde ich Euch einschlägige Fakten zu den Hauptthemen präsentieren:

1. Zum Steinfabrikareal
2. Zur Richt- und Zonenplanung
3. Zur Landschaftsschutzpetition Tal – Talweid – Weingarten – Joch
4. Zur Alterspolitik / Senevita-Initiative
5. Zum Kampf für rechtsstaatliche und gesunde Verhältnisse (Einsprache zur Bodmerweg-Verbreiterung, Strafanzeige Denkmalpfleger, Strafanzeige Lurec, Bundesgerichts-Grundsatzentscheid Hurdnerwäldlistrasse 1, Zeughaus)
6. Dank

### **1. Steinfabrik-Areal**

Wie längst erwartet, zogen die Korporation Pfäffikon und Ulrich K. Feusi am 5. November 2019 endlich ihr Gesuch um Ausnahmegenehmigungen für eine zonenplanverletzende, wuchtige Wohn-/Gewerbe-Überbauung aus dem Jahre 2015 zurück. Schon seit dem hervorragenden Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission ENHK vom September 2017 war klar, dass eine Überbauung gemäss den bestehenden Zonenplan-Vorgaben gar nicht erlaubt werden könnte. Zu verletzlich ist dieser Ort, direkt neben dem Naturschutzgebiet Frauenwinkel und dem ISOS-geschützten Unterdorf Pfäffikon.

Es wird nicht mehr möglich sein, das Baureglement in den Hinterzimmern des Gemeindehauses eigenmächtig neu zu definieren, um mittels Ausnahmegewilligungen verdichtetes Bauen und die Übernahme von Erschliessungs- und Altlastensanierungskosten durch die Steuerzahler einzufädeln.

Neuer Investor

Ende 2019 hat der ehemalige Korporationspräsident sein Kaufrecht an die Zuger Baufirma Peikert „*Hafenareal Pfäffikon SZ Zug AG*“ verkauft. Die Korporationsbürger hatten Ulrich K. Feusi bekanntlich in den Jahren 2004/2005 erlaubt, mit diesem Kaufrecht ein 99 Jahre dauerndes Baurecht mit einem fixen Baurechtszins von Fr. 30.- pro m<sup>2</sup> zu erwerben. Es war ihm auch gestattet worden, dieses Recht weiterzuverkaufen oder zu vererben.

Bei der Weitergabe seines Kaufrechts sollte die zwischenzeitliche Aufwertung des Landes dem ehemaligen Korporationspräsidenten einen satten Gewinn aus der Zinsdifferenz einbringen. Doch das ENHK-Gutachten und sicher auch unsere gründliche, jahrelange Aufdeckung der vielen Probleme des Areals machten nun einen Strich durch die Rechnung.

Auch die Firma Peikert kann dort nicht mehr verdichtet bauen. Sie ist wohl als Joker ins Spiel gebracht worden, weil sie bei uns noch keine belastete Vorgeschichte hat.

Salamitaktik 'Neue Kantonsschule auf dem Steinfabrikareal'

Was wir schon an der letzten GV analysiert haben, versuchen die Polit-Strategen seit Anfang 2019 auf der öffentlichen Bühne scheinbar beliebt zu machen. Selbstverständlich war die Ablehnung des 92 Millionen-Projekts einer neuen Kantonsschule für ganz Ausserschwyz am jetzigen Standort und das Nein zur Schliessung der Kanti Nuolen absehbar – von Beginn weg war da ein Theater inszeniert worden. Ich bin überzeugt, dass die deutlich überrissenen Kosten mit Absicht so unglaublich präsentiert wurden, um für die eigentlich längst beschlossene DEAL-Agenda einen Bürgerentscheid zitieren zu können. Die ungeheuerlichen 6 Millionen Planungskosten für dieses Pseudo-Projekt waren wohl von Anfang an als Extrabonus fürs 'Man-kennt-sich-Team' gedacht. Sozusagen eine sichere Sache. Für den 6 Millionen-Verlust sollten dann halt 'die falsch entscheidenden' Stimmbürger verantwortlich sein.

Trennung des gordischen Knotens?

In der Grossauflage des 'Höfner Volksblatts' vom 12. Februar 2019 wurde vom Chefredaktor jubelnd mitgeteilt, «*sieben von zehn Freienbacher Kantonsräten*» hätten in überaus bewundernswerter Weise das Ei des Kolumbus gelegt. Sie wünschten von der Regierung konkrete Abklärungen über einen Austausch des Steinfabrikareal mit dem Gelände der heutigen Kantonsschule. Spätestens auf das zweite Quartal 2020 würden «*die entsprechenden Richtungsentscheide für das 'Wie weiter' in Sachen Kantonsschule Ausserschwyz gefällt*». In einem zweiten Schritt müsse «*ein kantonaler Nutzungsplan dazu vorgelegt*» werden, weil es sich um öffentliche Bauten und Anlagen handle. Der gordische Knoten liesse sich damit lösen.

Wir sind gewarnt und wir werden unsere Forderungen deutlich machen. Über eine Zonenplan-Änderung ist abzustimmen. Ein Diktat des Kantons akzeptieren wir nicht.

Auch wenn politische Gaukler etwas anderes behaupten wollen, stellt doch die Bevölkerung der Standortgemeinde die Bedingungen:

- Bei einem allfälligen Landabtausch von Steinfabrik- und Kantonsschul-Areal sind die Vollkosten offenzulegen.
- Eine Verbreiterung der Unterführung darf unter keinen Umständen erfolgen. Autos sollen weiterhin nur beschränkten Zugang zum Unterdorf haben.
- Die Altlasten im Untergrund sind vollständig zu entsorgen – und zwar nicht auf Kosten der Steuerzahler – auch nicht der kantonalen! Der See darf nicht langfristig durch Giftstoffe aus dem Sirup im Steinfabrikareal-Untergrund gefährdet werden.
- Auf mindestens zwei Dritteln des Steinfabrikareals darf es keine Überbauung geben. Im östlichen Drittel soll ein sanfter Übergang ins Naturschutzgebiet und im mittleren Drittel ein öffentlicher Freiraum entstehen.
- Die Gebäude müssen optisch verschwinden – hinter begrünten Fassaden und unter begrünten Dächern.

## 2. Zur Richt- und Zonenplanung

Im letzten Jahr war es bezüglich Zonenplan äusserlich still, behördenintern aber völlig hektisch.

Immer wieder müssen wir erkennen, dass von den Behörden und Ämtern alles versucht wird, um die gültigen Regeln der Raumplanung zu unterwandern und die Bürgerrechte zu reduzieren. Man weiss sehr wohl, dass die übertriebenen Verdichtungsphantasien der Betonfraktion vor der Bevölkerung keine Gnade finden. Mit dem Trickli, gewisse Strassen-Finanzierungen neu über den Kanton abzuwickeln, will man heikle Entscheide dem leichter beeinflussbaren Kantonsrat überlassen und Abstimmungen in den Gemeinden verunmöglichen.

### Autobahn-Zubringer Halten

Der Zubringer Halten wäre nichts anderes als die Erschliessung des gesamten Hügels zwischen Sportplatz Chrummen und Autobahn für riesige Neubausiedlungen, speziell auch zugunsten der Korporationen Freienbach und Pfäffikon. Das jahrzehntelange Stottern und Taumeln der Halten-Vollanschluss-Planung geht auf diese verdeckte Agenda zurück.

Glücklicherweise erhob der Verkehrsclub der Schweiz VCS wegen massiven Verletzungen des übergeordneten Rechts Beschwerde beim Bundesgericht. Regierungsrat und Verwaltungsgericht wollten erlauben, dass der Umweltverträglichkeitsbericht erst in der Baugesuchsphase eingereicht werden müsste – wo dann viele Einsprachen gar nicht mehr zulässig wären – anders als bei Zonenplanänderungen. Wir hoffen, dass das Bundesgericht für Korrektur sorgen wird.

## Mitwirkung Zonenplan

Auf unsere ausführliche Richtplan-Stellungnahme vom Herbst 2018 erhielten wir eine Zusammenstellung der Mitwirkungsantworten. Sie ist insgesamt eine Alibiübung: «*Nicht berücksichtigt*» / «*Kenntnisnahme*» / «*Nicht berücksichtigt*» / «*Kenntnisnahme*»...

Aus den behördlichen Kommentaren wird klar ersichtlich, wie unverantwortlich eine Fortsetzung des Baubooms vorgespurt wird. Effektiv ist aber der ganze Richtplan rechtlich nicht bindend, sondern stellt einzig ein sogenannt «*behördenverbindliches Koordinationsinstrument*» dar. Mit solchen Pseudo-Vorgaben versucht man angestrengt, einen Planungs-Gesamtentscheid des Volkes zu umgehen. Am liebsten würden diese 'Macher' nur noch über Flickwerk oder gar nicht mehr abstimmen, wie sie selbst unverblümt schreiben.

Wichtig ist die ergänzende Aufklärung der Bürger bei jedem einzelnen Geschäft, um die verdeckten Partikularinteressen offenzulegen, z.B. dasjenige unseres Gemeinderates Hans Stauffacher, der gemäss eigenen Aussagen nur in diesem Gremium sitzt, weil er sein Landwirtschaftsland nördlich der Autobahn gerne einzonen und überbauen möchte.

Zur Erinnerung nochmals unsere Schwerpunkte, Folgerungen und Forderungen aus der Mitwirkung zum kommunalen Richtplan:

- Ohne Gesamtverkehrs-Entlastung kein Siedlungswachstum. Qualitätsverbesserungen müssen Vorrang haben.
- Der kommunale Richtplan gibt vor, es sei unmöglich, unsere Verkehrsprobleme umfassend zu lösen. Diese Behauptung ist falsch. Weil Bauen ohne Erschliessung zum Kollaps führt, ist zuerst ein Gesamtverkehrs-Entlastungskonzept vorzulegen – inklusive Etappierungsmöglichkeiten und Kostentransparenz.
- Wir verlangen, dass die Infrastrukturkosten, die als Folge des zusätzlichen Bauens entstehen würden, vorab auf den Tisch kommen. Sie müssen nach dem Verursacherprinzip bezahlt werden.
- Wir fordern das Sistieren der vorgelegten Richtplanung für die Gemeinde Freienbach und die komplette Überarbeitung. Die korrekte Planungsreihenfolge ist zwingend einzuhalten.
- Wir fordern auch den Ausstieg aus 'Agglo Obersee'. Das Kosten-/Nutzenverhältnis ist miserabel. 'Agglo'-Traum «*Regionalstadt Obersee*»: Nein danke!
- Wir fordern auch, dass für das von Deponieplanungen gefährdete Gebiet Tal – Talweid – Weingarten – Joch eine Landschaftsschutzzone geschaffen wird.

### **3. Zur Landschaftsschutzpetition Tal – Talweid – Weingarten – Joch**

Am 26.3.2019 fand eine Arbeitsgruppensitzung mit dem Gemeinderat statt. Dabei wurde uns ultimativ mitgeteilt, im grössten, oberen Teil dieser Landschaftskammer (Talweid) müsse eine Deponie entstehen. Es genüge, dass wir über die Umzonung zur Deponie abstimmen könnten. Und allenfalls könne ja dort NACH der Auffüllung ein Landschaftsschutzgebiet ausgeschrieben werden. Hingegen wolle der Gemein-

derat selbst ein Landschaftsschutzgebiet Tal unterstützen – was aber nur einem winzigen Bruchteil der Petitionsforderung entsprechen würde.

Wir verlangten, die schützenswerten Landschaftselemente müssten vorab festgestellt und in einem Inventar zusammengestellt werden, um die Schutzwürdigkeit der gesamten Landschaftskammer genau abklären zu können. Doch damit stiessen wir bei dieser Sitzung auf eine Mauer der Abwehr. Wir kamen zu keiner Einigung.

Entsprechend wurde am 11. April 2019 ein Gemeinderatsbeschluss gefällt und man liess durch die immer wieder gerne beigezogene Firma Remund und Kuster, R+K, einen «*Teilnutzungsplan Landschaftsschutzzone Tal*» ausarbeiten. Dieser Entwurf wurde uns zur Stellungnahme zugestellt, die wir auf unserer Webseite [www.buergerforum-freienbach.ch](http://www.buergerforum-freienbach.ch) veröffentlicht haben (dat. 29.10.2019).

Wir beantragten im Namen der über 700 Petitionäre:

- Die Ausarbeitung einer Abstimmungsvorlage sei zu sistieren bis zum Vorliegen der zwingend erforderlichen Bewertungsgrundlagen und Bedarfspräzisierungen;
- Es sei ein Gutachten der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz einzuholen, welche ihrerseits weitere Fachleute beizuziehen habe, um Empfehlungen abzugeben zur Grösse (sachgerechter Perimeter), zum schützenswerten Bestand im Grossraum Tal-Talweid-Weingarten-Joch, zum Grundwasserschutz, zum Zusammenhang mit Deponien und zu den Kosten / Entschädigungen;
- Bei den Grundeigentümern, Petitionären und Schutzorganisationen seien Stellungnahmen zu diesem Gutachten einzuholen und in einem transparenten Verfahren auszuwerten;
- Zu den Ergebnissen sei eine öffentliche Informations-, Diskussions- und Beratungsveranstaltung durchzuführen;
- Basierend auf den Erkenntnissen sei eine Abstimmung, evtl. mit Wahlmöglichkeit auszuarbeiten;
- Die Entscheidung über das Ausmass der Landschaftsschutzzone sei den Stimmbürgern zu überlassen.

Wir beanstandeten auch, dass das Amt für Umweltschutz zur Vorab-Ermöglichung einer Talweid-Deponie den Gewässerschutzbereich A<sub>u</sub> in der Gewässerschutzkarte inzwischen rechtswidrig auf minimste Teilflächen reduziert hat und die privat bezahlten Gutachten, auf die es sich dabei abstützt, geheimhalten will.

Und siehe da, der Gemeinderat beschloss am 18. Dezember 2019 in unserem Sinne, seine geradezu lächerliche 'Teilnutzungsplanung' zu sistieren und dem kantonalen Amt für Raumentwicklung unsere zentralen Fragen zur Beantwortung vorzulegen. Unser Argumentarium wurde sogar wörtlich übernommen. Das war mal ein Weihnachtsgeschenk! Wir erwarten nun die Antwort des Kantons.

Es ist auch erfreulich, dass der Schwyzer Heimatschutz zur kantonalen Landschaftsschutzkonzeption eine Überarbeitung wünscht und bessere Transparenz fordert. Der Richtplan müsse mit Aussagen zu den kantonal bedeutenden Landschaften und zur Umsetzung landschaftsrelevanter Grundprinzipien ergänzt werden. Da gehört die wunderschöne Landschaftskammer des Tals klar dazu.

## Unbewilligte Terrainveränderungen und Wiesenbach-Eindolung

Erfreulich ist auch, dass zu einer im letzten Frühling erfolgten, unbewilligten Eindolung eines Seitenarms des Krebsbaches und massiven Terrainveränderungen – die wahrscheinlich unter dem Druck der Deponie-Lobby erfolgten – nach unserer Intervention ein Baustopp erlassen und ein nachträgliches Baugesuch eingefordert wurde.

Zum fragwürdigen Baugesuch des Pächters / Bewirtschafters erhob dann das Bürgerforum und auch der beschwerdeberechtigte Verein Aqua Viva Einsprache. Diese Einsprache wurde vom Gemeinderat gutgeheissen. Der Wald- und Gewässerabstand seien verletzt und es sei ein «*Eingriff in die vielfältig strukturierte Landschaft*» vorgenommen worden – hört, hört!

Der Rückbau der Terrainveränderungen, die Renaturierung des Bächleins und eine geeignete Bepflanzung wurden vorgeschrieben. Und es wurde sogar Strafe bei Nichtbefolgen angedroht, inkl. Ordnungsbusse von 100 Franken pro Tag! Würde sich der Gemeinderat doch auch bei grösseren Fischen so streng ans Recht halten...

Für den oberen Teil der Eindolung ist noch eine Beschwerde vor dem Regierungsrat hängig. Der Pächter / Bewirtschafter sagt, dafür sei nicht er verantwortlich.

## 4. Zur Alterspolitik / Senevita-Initiative

Auch 2019 war der Vorstand wieder beschäftigt mit dem Kampf gegen dieses brandgefährliche Projekt des Gemeinderates. Hier vorab ein paar grundlegende Informationen zum doppelten Deal zwischen der Senevita AG und dem Gemeinderat:

64 Prozent der Bewohner unserer beiden Altersheime bezogen im Jahr 2018 Ergänzungsleistungen. Doch aus dem Topf mit öffentlichen Geldern für solche Ausgleichs-Zahlungen zugunsten unserer älteren Bevölkerung würde gemäss dem gemeinderätlichen Senevita-Deal inskünftig massenhaft Geld in Richtung Ufenau-Park sprudeln.

Die dortigen, unbenötigten Angebote (75 Pflegezimmer und 84 Wohnungen) würden von diesem Konzern blitzschnell mit Zuzüglern gefüllt. Diese müssten keine Auskünfte und Nachweise über ihre finanziellen Verhältnisse geben, wie dies bei unseren eigenen Angeboten gefordert wird. So könnte in einem Senevita-Inserat etwa Folgendes stehen:

*«Herzlich Willkommen in der Gemeinde Freienbach!  
Die Steuerpflichtigen bezahlen ihren Lebensabend im Senevita Ufenau Park Pfäffikon.  
Wir holen Sie gerne ab.*

*Ihr Schlepper-Dienst»*

Sämtliche Geschäftsrisiken würden auch bei leerem Portemonnaie der Senevita-Bewohner auf der neuen Wohnsitzgemeinde Freienbach und dem neuen Wohnsitzkanton Schwyz lasten. Durchschnittlicher Mietzins für eine 2½-Zi-Wohnung: monatlich 3'850.–, monatliche Kosten für Pflegebedürftige ca. 15'500.–.

Händereibend könnte Senevita die gesetzliche Vorgabe für sich ausnützen, dass alle Restkosten von der öffentlichen Hand getragen werden müssen. Senevita trägt bei diesem Geschäftsmodell kein Risiko und

es ist diesem Konzern völlig egal, wenn immer weniger Geld für einen guten Betrieb unserer eigenen Heime übrigbleibt.

Letzte Woche haben wir zwei Fragen an die Senevita-Direktion gerichtet: Woher nehmen Sie die Leute, um das Senevita-Platzangebot zu füllen, nachdem ganz klar kein Freienbacher Bedarf besteht? Und gibt Senevita eine Garantie, dass nicht wir Steuerzahler für die extra hergeholteten, höchst wahrscheinlich sozialhilfebedürftigen Bewohner die teuren Wohnungen und Pflegeplätze bezahlen müssen? Wir erwarten gespannt die Antwort und werden diese veröffentlichen.

Senevita und ihr Mutterkonzern Orpea werben bekanntlich mit enormen Gewinnausschüttungen. Dieses Geld würde dank der Leistungsvereinbarung mit unserem Gemeinderat automatisch von den Steuerzahlern in die Taschen der Aktionäre strömen. Je schlechter die Leistungen für die Bewohner und je übler die Bedingungen fürs Personal, desto grösser die Dividende.

Bei Internet-Recherchen stösst man immer wieder auf alarmierende Informationen über diesen Konzern und dessen international agierende Besitzerin Orpea, die aus der Privatisierung des Gesundheitswesens massiv Rendite schlägt. So beschreibt z. B. die deutsche Gewerkschaft verdi auch unter Bezug auf die Schweiz:

*«Orpea: international brutal / katastrophale Zustände / schlechte Pflegequalität / Repression / Vernachlässigung (...) Orpea setzt auf Repression, wenn sich Beschäftigte gegen schlechte Bedingungen zur Wehr setzen (...) Uns liegen etliche Berichte aus verschiedenen Ländern vor, dass der Konzern dabei nicht davor zurückschreckt, gegen grundlegende Beschäftigtenrechte zu verstoßen. (...) In der Schweiz ist die Orpea-Tochter Senevita – der zweitgrößte private Pflegeheimbetreiber des Landes – immer wieder wegen schlechter Pflegequalität, vernachlässigter Bewohner/innen und zu wenig Personal in den Schlagzeilen. Bei einem Aktionstag im Oktober 2017 kritisierte die Gewerkschaft Unia das Gewinnstreben auf Kosten des Personals sowie der Pflegebedürftigen und forderte 'mehr Investitionen in Menschen statt in Profite'. Zuvor hatten sich immer wieder besorgte Angehörige sowie ehemalige und aktuelle Beschäftigte von Senevita bei der Unia gemeldet und über katastrophale Zustände bei dem Pflegeheimbetreiber berichtet. Das Senevita-Management wies alle Vorwürfe zurück und erklärte, alles sei in schönster Ordnung. (...) In allen Ländern fährt der Pflegekonzern satte Gewinne ein – und entzieht dem Gesundheitswesen somit jedes Jahr hunderte Millionen Euro. Das operative Ergebnis (ohne Mieten und Restrukturierungskosten, EBITDAR) lag in den europäischen Ländern 2017 zwischen 15 und 30 Prozent, in Deutschland bei 25,1 Prozent (2017). Das ist weit mehr als viele Industriebetriebe generieren.»*

Umzonung – Chefsache des Gemeinderates?

Das Projekt würde die verbliebene Ausnutzungsreserve für Wohnen in der Gewerbezone Ufenau Park um mehr als das Zehnfache übersteigen – weil es sich um «*gewerbeähnliches Wohnen*» handle, wie der Gemeinderat mit einem internen Grundsatzentscheid beschlossen hat. Diese Art von Umzonen betrachtet er als Chefsache.

Im Vereinsjahr 2019 führten wir die hängigen Rechtsverfahren gegen das zonenwidrige Baugesuch von Senevita im Interesse des wirklichen Chefs – nämlich des Souveräns – weiter. Im September 2019 wies der Regierungsrat unsere Beschwerde ab. Alles sei in bester Ordnung. Am 15. Oktober erhoben wir dagegen Beschwerde beim Verwaltungsgericht. Am 5. November ergänzten wir diese. Anlass waren

Aussagen des Gemeindeschreibers gegenüber den Obersee Nachrichten, wonach die Leistungsvereinbarung heute nicht mehr unterzeichnet würde, der Gemeinderat wolle aber trotzdem an diesem Vertrag festhalten.

Wir verlangten, dass das Verwaltungsgericht von Amtes wegen Strafuntersuchungen gegen alle Verantwortlichen in die Wege leitet und die massiv rechtsverletzende, zonenwidrige Baubewilligung des Gemeinderates vom 24. Mai 2018 aufgehoben wird.

#### Verstärkung und Erarbeitung der Senevita-Initiative

Und wir bekamen bei unserer Senevita-Arbeit erfreulicherweise äusserst wertvolle Schützenhilfe durch eine ad hoc-Bürgergruppe, die sich an unserer Veranstaltung im 'Sternen' im September 2018 gemeldet hatte. An mehreren Sitzungen bereiteten wir mit dieser Gruppe die Senevita-Initiative vor, die von 883 Freienbacher Stimmbürgern unterzeichnet und am 9. Juli 2019 auf der Treppe vor dem Gemeindehaus überreicht wurde.

Diese ad hoc-Gruppe ist der Traum jedes Vereinspräsidenten! Einem Mitglied dieser Gruppe möchte ich hier meinen ganz besonderen Dank aussprechen. In unermüdlicher Arbeit hat er Fakten zusammengetragen, strategische Überlegungen angestellt, die Idee zur Initiative entwickelt und diese immer wieder befeuert. Auch unser Flyer an alle Haushalte ist in erster Linie ihm und dieser ad hoc-Bürgergruppe zu verdanken!

Die Initiative verlangt einen Kredit für ein Gutachten zu den Vollkosten der Senevita-Leistungsvereinbarung mit dem Gemeinderat, die am 27. April 2017 geheim abgeschlossen worden war. Das Gutachten soll auch die Auswirkungen auf unsere bestehenden öffentlichen und genossenschaftlichen Angebote aufzeigen. Wird die Initiative gutgeheissen, muss der Gemeinderat den Stimmbürgern innert Jahresfrist eine Kreditvorlage zu einer zweiten Abstimmung unterbreiten.

#### Bessere Information und öffentliche Diskussion

Wertvoll ist vor allem, dass der Informationsstand der Öffentlichkeit während einer Initiativkampagne erhöht werden kann und dadurch politischer Druck entsteht. Die Kündigung dieses Vertrags erspart unserer Gemeinde und dem ganzen Kanton regelmässige Zusatzbelastungen der Sozialausgaben von jährlich ca. 20 Millionen.

#### Regierungsratsbeschluss zu Angebots-Obergrenze

Wie bekannt, besteht eine grosse Überkapazität an Pflegebetten im ganzen Kanton und ganz besonders in unserer Gemeinde. Der Regierungsrat beschloss im Dezember 2018 verbindliche Maximalgrenzen des Angebots in den Gemeinden, um die hohen Kosten, die bei grossen Überkapazitäten entstehen, einzuschränken. Laut Zeitungsmeldungen hat der Gemeinderat Wollerau entsprechend reagiert und will seine Planungen überarbeiten.

Anders unser Gemeinderat. Er hält mit seinem Beschluss Nr. 389 vom 7. November 2019 an der Leistungsvereinbarung für die zusätzlichen 75 Senevita Pflegeplätze und 84 Senevita Alterswohnungen fest und will ausdrücklich *«ein allfälliges Defizit infolge Nichtauslastung der eigenen Häuser in Kauf nehmen»!* Wie kam dieser zynische Beschluss zustande?

Der Gemeinderat liess auf Antrag der CVP (vom Dezember 2017) eine «Strategie» erarbeiten, «wie die Vorgaben des Kantons betreffend Bedarf an Alters- und Pflegeheimen umgesetzt werden sollen». Wohlverstanden geht es hier um einen verbindlichen Regierungsratsbeschluss mit verbindlichen Maximalzahlen, der gar nicht via Strategiebeschluss des Gemeinderates missachtet werden dürfte!

Wir forderten nach der Medienmitteilung über diesen Gemeinderatsbeschluss, der die kantonalen Vorgaben völlig missachtet, dass uns das erwähnte Strategiepapier und der Beschluss übermittelt würden und verlangten ein Gespräch mit der zuständigen Gemeinderätin Monika Lienert. Zur Gesprächsvorbereitung erstellten wir einen 11-seitigen Fragenkatalog über die vielen Ungereimtheiten. Diesen konnten wir im 2-stündigen Gespräch vom 28. Januar natürlich nur zu einem kleinen Teil behandeln.

Der Tenor der Antworten auf unsere Fragen:

*«Es wäre ein unschönes Geschäftsgebaren von Seiten des Gemeinderates, den Vertrag zu kündigen und es ist der Wille des Gemeinderates, am Vertrag festzuhalten. Punkt.»*

Für den Rest unserer offenen Fragen wurde provisorisch ein nächstes Gespräch abgemacht. Alternativ könnte der Gemeinderat unsere Fragen auch schriftlich beantworten. Doch am 7. Februar erhielt ich ein Mail aus dem Gemeindehaus mit folgendem Inhalt:

*«Nochmals besten Dank für den Gesprächsleitfaden und die umfassenden Fragestellungen. Wir haben diese mit grossem Interesse aufgenommen. Der Gemeinderat äussert sich anlässlich der Pressekonferenz vom 10.3.2020 zur Senevita-Initiative. Daher möchten wir den reservierten Termin absagen.»*

Wir werden diese Pauschalantwort aus dem 'Höfner' analysieren und eine eigene Medienmitteilung folgen lassen. Inzwischen haben wir den Text für die Abstimmungsbroschüre eingereicht. Der Abstimmungskampf ist eröffnet.

Und ich weise einmal mehr auf das Stimmenfälschungs-Potenzial hin, das auch beim Thema Senevita zu beachten ist. Seit Einführung der brieflichen Abstimmung ist nur derjenige vor Fälschung sicher, der an der Urne abstimmt oder sein Couvert erst am Abstimmungssonntag in den Briefkasten beim Gemeindehaus einwirft.

## **5. Kampf für rechtsstaatliche Verhältnisse**

Einsprache zur «Optimierung Bodmerweg»

Das Baugesuch des Gemeinderates (an sich selbst!) zur Verbreiterung des Bodmerwegs am Bahndamm zwischen Pfäffikon und Freienbach auf eine Breite von 2.50 m ist noch immer hängig. Alarmierend ist dieses Pseudo-Veloweg-Projekt vor allem deshalb, weil es eine verdeckte Vorbereitung für die Erweiterung der Unterdorf- Erschliessung und für den Ausbau zu einer Autostrasse wäre.

Der Gemeinderat beabsichtigt langfristig eine Verbreiterung der SBB-Brücke an der Unterdorfstrasse und eine neue Fahrbahn entlang dem Bahndamm vom Bahnhof Pfäffikon nach Freienbach. Das vorgelegte 'Veloweg-Projekt' ist völlig widersprüchlich und rechtsverletzend. Alles ist darauf angelegt, die wahren Absichten zu vertuschen. Doch aus den höchst mangelhaften Auflage-Akten war bei genauem Hinsehen schon vieles zu erkennen.

Wir haben am 14. März 2019 dagegen Einsprache erhoben und verlangen den Abbruch der Übung. Konkret fordern wir die Abklärung (Inventarisierung) des wertvollen Bestandes der dortigen geschützten Tiere und Pflanzen und rügen die Verletzung des Raumplanungsgesetzes und das Fehlen einer Verkehrserhebung und Kosten-/Nutzenanalyse.

Tatsächlich drängt sich eine Verbreiterung des beliebten Fusswegs zur Velorennstrecke überhaupt nicht auf. Wir sind auf die nächsten Schritte gut vorbereitet.

#### Strafanzeige Denkmalspfleger

Unsere Strafanzeige gegen den ehemaligen Schwyzer und heutigen Urner Denkmalspfleger, Thomas Brunner, ist noch immer hängig. Er wollte das inzwischen dank ENHK-Gutachten zurückgezogene Müller-Projekt im Unterdorf durchzwängen. Damit wären die Schleusen für XXL-Bauten im Unterdorf geöffnet worden. Die Untersuchung der angezeigten mutmasslichen Offizialdelikte des Amtsmissbrauchs / der Vorteilsgewährung / der Vorteilsnahme landete zuerst in der Schublade von Staatsanwältin Nathalie Schnyder, später dann in derjenigen von Staatsanwältin Kalvaduris. Leider haben wir als Anzeige-Erstatter einzig das Recht, über den Ausgang des Verfahrens informiert zu werden. Gemäss telefonischer Erkundigung vom vergangenen Dienstag wird die Strafanzeige wahrscheinlich nicht anhand genommen. Das heisst, Dorfschönheitsexperte Brunner käme ungeschoren davon. Arme Urner!

Brunner war als kantonaler Denkmalspfleger übrigens auch prominenter Mitverantwortlicher für die ästhetische Gestaltung des Beton-Anbaus beim Gemeindehaus. Eine Extra-Kommission wurde dafür eingesetzt und erfand die Betonbalken gegen Westen.

An der Gemeindeversammlung vom Chlaustag 2019 empfahl ich augenzwinkernd, wenigstens die armselige Südfassade zu verschönern – mit jahreszeitlich verzierten Gemeinderatsköpfen (so z.B. aus aktuellem Anlass mit Chlausbart und -Chlausmütze). In einem Chlaussäckli überreichte ich dem Gemeinderat ein entsprechendes Memo-Foto und die Empfehlung, nochmals Anstrengungen zu unternehmen, um eine Milderung des millionenteuren öffentlichen Ärgernisses zu erreichen.

#### Strafanzeige Lurec

In Wilen, am äussersten Zipfel der Gemeinde Freienbach, grenzt die Wohnzone der Hänggiwiesstrasse direkt an die Gewerbezone. Dort und beim Coop Wollerau werden von der Firma Lurec AG seit Jahren ohne Absaugvorrichtung Metall-Altstoffe im Freien umgeschlagen. Dabei entstehen intensive Umweltbelastungen mit Luftschadstoffen und Gewässerverschmutzungen.

Vor allem die Belastung mit Metall-Feinstaub und -Nanopartikeln ist unzumutbar. Wiederholte Reklamationen der Anwohner führten zu keiner Verbesserung. Mit einer Strafanzeige und Medienmitteilung vom 19. Juli 2019 verlangte das Bürgerforum, das behördlich geduldete Giftstaub-Schlucken endlich zu unterbinden. Am 3. März werde ich dazu an einer Befragung bei der Gewässerschutzpolizei teilnehmen.

#### Bundesgerichts-Grundsatzentscheid zu unserer Verbandsbeschwerde-Legitimation

Das Gesuch der Korporation Pfäffikon zur Hurdenwäldlistrasse 1 wollte eine massive Verletzung der geltenden Zonenordnung in der Industriezone 2 erreichen. «*Mit Drittwirkung*» sollte ausgetestet werden, ob man ganz verdeckt (Parzelle um Parzelle) eine gigantische Aufzoning im Gebiet Pfäffikon Ost und in weiteren Arealen erreichen könnte.

Das Durchwinken hätte die Wirkung eines Dammbrechts gehabt. Der Gemeinderat war damit einverstanden.

Dieser Beschluss wurde dank unseren Beschwerden zwar rückgängig gemacht. Aber unsere Hoffnung, vor Bundesgericht eine Stärkung für das Verbandsbeschwerderecht zu erringen, wurde leider enttäuscht. Gegen das faktische Abändern von Zonenvorschriften / gegen verkappte Zonenplanänderungen mittels Baugesuchen sind uns die Hände gebunden. Wir sind also darauf angewiesen, in solchen Fällen private, mutige Einsprecher / Beschwerdeführer in der Nähe zu finden. Diese können ihre Legitimation geltend machen, wenn sie bereit sind, im Dienst der Rechtssicherheit und der ganzen Bevölkerung ein Verfahren durchzuhalten. Auch da gibt es ein Paradebeispiel aus unserem Mitgliederkreis. Vielen herzlichen Dank!

## Zeughaus

Im Zeughaus Pfäffikon konnten bei herrlichem Wetter wieder 2 tolle Feste mit vielen Besuchern gefeiert werden: schon das elfte und das zwölfte. Die IG Zeughaus zaubert jedes Jahr wieder attraktive, schwungvolle und gemütliche Feste aus dem Ärmel, die es der Bevölkerung ermöglichen, sich hin und wieder an diesem Gebäude zu erfreuen, das vor 8 Jahren für öffentlichen Bedarf gekauft wurde und dessen drohender Abriss 2014 verhindert werden konnte.

Inzwischen nutzen viele Vereine Lagerräume im Zeughaus-Westteil und die untere Hälfte des Gebäudes wird als grossflächiger Werkhof-Standort geschätzt. Die absehbare Kündigung des Zwischennutzungsvertrags mit dem Militär ging zwar 2019 noch nicht über die Bühne, wird aber immer wahrscheinlicher – und damit eine effizientere Nutzung dieses guten alten Gebäudes.

## 6. Dank

Eure Mithilfe und die grosszügige Unterstützung der Bürgerforumsarbeit war auch für die Tätigkeiten 2019 von grosser Bedeutung. Wir schätzen das starke Engagement für die Unterschriftensammlung der Senevita-Initiative, aber auch die vielen Hinweise und Mutmacher sehr. Ihr motiviert uns, für die gemeinsamen Lebensqualitätsansprüche einzustehen, den Rechtsstaat einzufordern und Pubertätsallüren zurückzuweisen. Ihr seid unser Rückhalt und ich danke Euch im Namen des Vorstands ganz herzlich dafür!

Ganz besonders danke ich an dieser Stelle meinen Vorstandkollegen. Einmal mehr haben wir ein recht wildes, intensives Jahr hinter uns und es hat uns noch mehr zusammengeschweisst. Wir schätzen einander sehr, und wenn wir an unseren Sitzungen beraten und Auslegeordnung machen, gewinnen wir daraus immer wieder neuen Schwung, um unser Bestes zu geben – für eine lebenswert-lebendige Gemeinde Freienbach.

Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit!

Pfäffikon, 22. Februar 2020

Irene Herzog-Feusi, Präsidentin